Von der neoliberalen zur wertebasierten Außenwirtschafts- und Handelspolitik – Chance oder Gefahr für die internationale Politik?

Werner Raza

Zusammenfassung

Angesichts intensivierter geopolitischer Rivalitäten wird Handels- bzw. Außenwirtschaftspolitik heute zunehmend mit explizit außen- und sicherheitspolitischen Zielen verknüpft. Diese Reorientierung wird politisch unter Berufung auf Werte wie Demokratie, Marktwirtschaft oder Menschenrechte begründet. Angesichts oft unklarer Abgrenzung zu Interessenpolitik und dem Auftreten von Dilemmata in der Umsetzung geht der Beitrag der Frage nach, auf welches Fundament sich eine solche Politik sinnvollerweise stützen sollte, die Akzeptanz und Kooperation in einem zunehmend multipolaren System gewinnen will. Der Beitrag plädiert für Menschenrechte als Basis für einen solidarischen Multilateralismus des 21. Jahrhunderts.

„Alle Menschenrechte sind universell, unteilbar, interdependent und miteinander verbunden. Die internationale Gemeinschaft muss die Menschenrechte auf globaler Ebene in einer fairen und gleichen Weise behandeln, auf gleichem Niveau und mit gleichem Nachdruck. Obwohl die Bedeutung nationaler und regionaler Besonderheiten und der unterschiedlichen historischen, kulturellen und religiösen Hintergründe beachtet werden muss, ist es die Pflicht der Staaten, unabhängig von ihren politischen, wirtschaftlichen oder kulturellen Systemen, alle Menschenrechte und Grundfreiheiten zu fördern und zu schützen.“

Erklärung und Aktionsprogramm von Wien (§ 5), Weltkonferenz über Menschenrechte, Wien 1993

I. Einleitung

Eine zunehmende Zahl von Kommentator:innen aus Wissenschaft und Medien konstatiert das Ende der neoliberalen Globalisierung, das heißt des seit den 1990er Jahren vorherrschenden und auf die unbegrenzte Ausweitung von Handel und Kapitalverkehr über nationale Grenzen hin ausgerichteten Wirtschaftsmodells (vgl. Horn 2022; Rodrik 2022). Vor dem Hintergrund der zunehmenden Rivalität zwischen den USA und China und des Kriegs in der Ukraine wird sogar schon mancherorts von einem neuen Zeitalter der Deglobalisierung gesprochen. Dahinter steht eine fundamentale Krise der liberalen Weltordnung unter Führung der USA, und eine Renaissance der Geopolitik (Daase und Deitelhoff 2021, Foroohar 2022).

Dafür verantwortlich gemacht werden wenig überraschend vor allem China und Russland. In ihrem unverantwortlichen Großmachtstreben würden diese autoritär regierten Staaten die ihnen durch das liberale Handelsregime gewährten Privilegien missbrauchen und ihre zunehmende wirtschaftliche Macht für verwerfliche politische Zwecke einsetzen. Aufgrund dessen müsste der liberale Westen nunmehr notgedrungen sein Bekenntnis zu offenen Märkten überdenken und einen Strategiewechsel in seinen Außenwirtschaftsbeziehungen vornehmen.

Im Bereich der Außenpolitik im Allgemeinen und der Außenwirtschafts- bzw. Handelspolitik im Besonderen drängen führende Vertreter:innen der USA wie die US Finanzministerin Janet Yellen (Yellen 2022) und in der EU vor allem die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock (tagesschau.de 2021) daher darauf, in Zukunft eine „wertebasierte“ Politik zu betreiben und dazu verstärkt politische Bündnisse wie auch die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit befreundeten Staaten zu forcieren, während auf der anderen Seite Wirtschaftsverflechtungen mit und besonders Importabhängigkeiten von politisch und wirtschaftlich anders verfassten Staaten reduziert werden sollen. Unter die Gruppe der „Freund:innen“ fallen insbesondere liberal-demokratisch und marktwirtschaftlich verfasste Staaten.

Unterstützt durch finanziell großzügig dotierte Programme wie auch durch Exportverbote forcieren vor allem die USA die Rückverlagerung bzw. den Neuaufbau von Produktion in den USA für als strategisch wichtig eingestufte Branchen, darunter in für die Technologieführerschaft der USA zentralen High-Tech Produkten wie Microchips (The White House 2021). Derzeit finden etwa rund 40% der globalen Microchip Produktion allein im von China bedrohten Taiwan statt. Mit diesen Maßnahmen soll die Abhängigkeit von wenigen, meist südostasiatischen Produzenten verringert und strategischen Rivalen wie China der Zugang zu Hochtechnologien erschwert werden. Ergänzt wird diese Politik durch Druck auf US-Unternehmen in Richtung „ally-shoring“ bzw. „friend-shoring“, also einer verstärkten produktiven Verflechtung und Zusammenarbeit mit politischen Bündnispartner:innen und Freund:innen (Dezenski und Austin 2021). Dies aber offenbar zu amerikanischen Bedingungen: So sieht der im August 2022 beschlossene Inflation Reduction Act grüne Förderungen im Ausmaß von fast USD 400 Milliarden vor, unter anderem für den Kauf elektrischer Fahrzeuge, allerdings nur wenn diese in den USA endgefertigt und zumindest 40% der verwendeten Metalle in den USA abgebaut wurden (McKinsey & Company 2022). Die EU wie auch andere Verbündete der USA reagierten auf diese Gesetzesinitiative mit deutlicher Kritik, fürchten sie doch eine Diskriminierung ihrer Fahrzeugexporte bzw. längerfristig eine Verlagerung von heimischen Produktionskapazitäten in die USA.

Die politische Wende hin zu einer Handels- bzw. Außenwirtschaftspolitik, welche explizit außen- und sicherheitspolitischen Zielen vor dem Hintergrund sich zuspitzender geopolitischer Rivalitäten unterworfen ist, hat somit weitreichende wirtschaftliche und politische Konsequenzen. Diese verdienen eine gründliche Diskussion und Analyse.

Im folgenden Beitrag wird daher insbesondere der Frage nachgegangen, welche Chancen, aber auch welche Risiken eine solche wertebasierte Handelspolitik impliziert. Insbesondere geht es dabei um die Frage, auf welches Fundament sich eine solche Politik sinnvollerweise stützen sollte, um möglichst breite Akzeptanz in einem internationalen System zu gewinnen, welches zunehmend multipolar konfiguriert, gleichzeitig

aber zur Lösung der existentiellen Probleme des 21. Jahrhunderts auf konstruktive Zusammenarbeit angewiesen ist. Dies gilt zuvorderst für die sich dramatisch zuspitzende Klimakrise.

Im nachfolgenden Kapitel 2 wird zunächst nach den Ursachen und Motivationen für die Wende zur wertebasierten Politik gefragt. Dabei wird argumentiert, dass der Niedergang neoliberaler Globalisierung weniger in der globalen Konkurrenz mit China begründet ist, als vielmehr in den durch dieses Paradigma produzierten sozialen und politischen Verwerfungen in den kapitalistischen Zentren selbst, und hier vor allem in den USA. Der verstärkte Rekurs auf liberal-demokratische Werte zur Gestaltung der internationalen Beziehungen folgt daher ökonomischen und politischen Interessen zumindest ebenso sehr wie dem Bekenntnis zu bestimmten Werten. Dass die undurchsichtige Gemengelage aus Interessen und Werten historisch zu bedenklichen politischen Ergebnissen geführt hat, vor allem auf Seiten der liberalen Hegemonialmacht USA, und dabei demokratische Werte und Menschenrechte oft das Nachsehen hatten, zeigt Kapitel 3 auf. Dazu kommt, dass es für Demokratie- und Marktwirtschaftsexport keine völkerrechtliche Basis gibt. Kapitel 4 argumentiert daher, dass die einzige universell anerkannte Grundlage einer an Werten orientierten internationalen Politik die kodifizierten Menschenrechte sind. Im Schlusskapitel 5 wird schließlich argumentiert, dass die zentrale Agenda einer wertebasierten Außen- und Handelspolitik die Förderung der Menschenrechte bilden sollte. Gleichzeitig führt ein wertebasierter Ansatz aufgrund der vielfältigen globalen Interdependenzen immer wieder in Dilemmata, wie die Europäische Union anhand der Energieversorgungskrise als Folge des Kriegs in der Ukraine jüngst bitter lernen musste. Angesichts der drängenden globalen Krisenlagen darf Wertebasierung schließlich nicht zu einer Abkehr vom Multilateralismus führen. Im Gegenteil, gerade eine menschenrechtsbasierte Außen- und Handelspolitik muss die Initiative für einen solidarischen Multilateralismus des 21. Jahrhunderts ergreifen.

2. Ursachen für das Scheitern der neoliberalen Weltwirtschaftsordnung

Auch wenn die Kritik an China und Russland in ihrer politischen Dimension grundsätzlich berechtigt ist, bleibt sie als Erklärung für die geopolitische Wende unvollständig. Die strukturellen Ursachen greifen tiefer und haben mit den sozialen Verwerfungen zu tun, welche mehr als dreißig Jahre „Hyper-Globalisierung“ (Rodrik 2011) auf globaler Ebene, aber vor allem in der Hegemonialmacht USA selbst verursacht haben. Zunehmend freier Handel bringt zwar Effizienzgewinne, diese nehmen aber mit steigendem Liberalisierungsgrad im Vergleich zu den damit einhergehenden negativen Verteilungseffekten zwischen Reich und Arm ab. Die starke Zunahme sozialer und regionaler Ungleichheiten in den USA wie auch in ähnlicher Form in vielen anderen OECD-Staaten hat in Kombination mit der Unfähigkeit bzw. dem Unwillen demokratischer Regierungen, hier sozialpolitische Korrekturen vorzunehmen, die Unzufriedenheit in der Bevölkerung stark ansteigen lassen (Raza 2018). Die politische Konsequenz war nicht nur das Erstarken national-autoritärer Kräfte, sondern eine allgemeine Verschiebung des politischen Mainstreams nach rechts. Wirtschaftsnationalistische Positionen haben breite Akzeptanz gewonnen und werden auch von Kräften der politischen

Mitte zunehmend in ihr Programm übernommen. Dies gilt vor allem für die USA, wo der Kern der zuvor als reaktionär-populistisch gebrandmarkten Politiken der Trump-Regierung mehr oder weniger unverändert von der Biden-Administration nicht nur übernommen wurde, sondern mit den oben beschriebenen neuen Initiativen fortgesetzt wird.

Auch die Krise der multilateralen Handelsordnung mit der Welthandelsorganisation WTO an ihrer Spitze erklärt sich letztlich aus diesen Veränderungen. Nicht die traditionelle Skepsis vieler Länder des Globalen Südens gegenüber der WTO, sondern erst deren Desavouierung durch die Hegemonialmacht USA hat die Krise virulent werden lassen. Die Blockade der Trump-Regierung gegen die Nachbesetzung vakanter Richterstellen im zentralen WTO-Streitbeilegungsmechanismus markiert den vorläufigen Höhepunkt einer zunehmenden Entfremdung. Auch die Marginalisierung der WTO wird seitdem von der Biden-Regierung fortgesetzt.

Die letzten zwei Jahre der Corona-Pandemie haben schließlich dem politischen Establishment in den USA vor Augen geführt, dass die Globalisierung der Wertschöpfungsketten die US-Wirtschaft verwundbar gemacht hat, während das zum neuen Rivalen stilisierte China die letzten drei Jahrzehnte für eine wirtschaftliche und technologische Aufholjagd erfolgreich nutzen konnte. Gleichzeitig hat sich die Erwartung, China mit der Aufnahme in die WTO im Jahr 2001 in Richtung liberale Marktwirtschaft auf demokratischer Grundlage zu transformieren, nicht erfüllt. Über strategische Initiativen wie die Belt and Road-Initiative propagiert die chinesische Führung im Gegenteil ihr autoritär-staatskapitalistisches Modell als Alternative zum liberal-demokratischen westlichen Kapitalismus auch auf internationaler Ebene mit dem Ziel, einen eigenen Einflussbereich vor allem in Asien, aber auch in Teilen Afrikas und Lateinamerikas aufzubauen (vgl. etwa Lacher 2016, Hoering 2018).

Daraus erwächst für die USA die ernstzunehmende Bedrohung, ihre politisch-wirtschaftliche Vormachtstellung im Weltsystem samt der damit verbundenen Vorteile zu verlieren. Letztere umfassen vor allem die Vormachtstellung US-amerikanischer Unternehmen im internationalen Finanzsystem, mit dem US-Dollar als globaler Leitwährung und dem „exorbitanten Privileg“ der USA, sich im Ausland in eigener Währung verschulden zu können (vgl. Eichengreen 2012).

Die sich nun abzeichnende Epoche einer neuen Systemkonfrontation trifft die USA nach knapp drei Jahrzehnten liberaler Hegemonie in einem deutlich geschwächten Zustand. Der mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 sich eröffnende „unipolare Moment“ (Krauthammer 1990) unangefochtener Vorherrschaft im Weltsystem endete in einer „imperialen Überdehnung“ (Kennedy 1989), vor allem aufgrund teurer militärischer (und völkerrechtswidriger) Abenteuer (Irak, Afghanistan) und den wirtschaftlichen und sozialen Verwerfungen der Finanzkrise 2007/08. Innenpolitisch leiden die USA an einer extremen sozialen Polarisierung mit dem wohl nur als Putschversuch zu bezeichnenden Sturm auf das Kapitol am 6. Jänner 2021 als vorläufigem Höhepunkt. Angesichts äußerst knapper Mehrheitsverhältnisse im US-Kongress – nach den Mid-term Wahlen im November 2022 hat die Demokratische Partei zwar eine Mehrheit im Senat, nicht aber im Abgeordnetenhaus – steht die Biden-Regierung unter enormem Erfolgsdruck. Innenpolitisch weitgehend blockiert, versucht Biden durch eine betont offensive Außen(wirtschafts)politik in der Wähler:innengunst zu punkten.

Politisch-aktionistisch untermauert werden die Bemühungen zur geopolitischen

Neuausrichtung der US-Politik durch das Projekt der Schaffung einer demokratischen Wertegemeinschaft, die liberale Demokratien in ihrem Bemühen vereinen soll, den wachsenden Einfluss von autoritären Regimen zurückzudrängen. Bei dem von 9./10.12.2021 abgehaltenen ersten „Gipfel für Demokratie“ versammelten die USA 111 Länder mit dem Ziel, eine solche Allianz zu begründen. Die Einladungsliste schloss China, Russland, Türkei und Ungarn aus, umfasste aber mit Angola, Brasilien, Indien, oder den Philippinen auch Staaten, deren politische Systeme bzw. derzeitige Regierungen von unabhängigen Beobachter:innen entweder als unfrei und/oder als verantwortlich für schwere Menschenrechtsverletzungen bezeichnet werden.¹

Als Fazit bleibt, dass die Gründe für die US-Politik, sich nun einer wertebasierten Außen- und Handelspolitik zuzuwenden, eng mit der geschilderten innenpolitischen Gemengelage und ihrer bedrohten hegemonialen Stellung verbunden sind.

3. Liberal-demokratische Werte als Fundament einer wertebasierten EU Handelspolitik?

Wenngleich deutlich langsamer, bewegt sich auch die EU-Außen- und Handelspolitik in Richtung geopolitischer Neuausrichtung. Hatte die Trump-Regierung mit ihrer Infragestellung von NATO und WTO bereits für Irritationen gesorgt und die Corona-Pandemie auch in der EU die Frage der Versorgungssicherheit angesichts vulnerabler Wertschöpfungsketten aufgeworfen, so hat vor allem der Krieg in der Ukraine zu einer Beschleunigung geopolitischen Denkens geführt. Gleichzeitig besteht weiterhin eine gewisse Selbstverpflichtung der EU, einen kooperativen Beitrag zur Förderung der Menschenrechte und zur Bewältigung multipler globaler Krisendynamiken (insb. der Klimakrise) zu leisten. Jahrelanges Drängen der Zivilgesellschaft hat vor allem in der EU-Handelspolitik dazu geführt, dass menschenrechtliche Themen deutlich aufgewertet wurden. Aktuelle Dossiers wie etwa das geplante EU-Lieferkettengesetz (European Commission 2022b), die geplanten Einschränkungen beim Import von mit Zwangsarbeit hergestellten Produkten (European Commission 2022a), oder das geplante Verbot des Imports von mit Entwaldung verbundenen Waren (European Commission 2021) sind hier zu nennen. Auch die in den bilateralen Handelsverträgen mittlerweile enthaltenen Menschenrechtsklauseln und Nachhaltigkeitsbestimmungen und die laufenden Bemühungen, diese einem verbindlichen Sanktionsmechanismus zu unterwerfen, sind Teil dieser Bemühungen.

Die Ausweitung einer solcherart wertebasierten Handelspolitik trifft in vielen Ländern des Globalen Südens nichtsdestotrotz auf Skepsis. Befürchtet wird eine Politik, wo hinter vorgeschobenen moralischen Gründen protektionistische Wirtschaftspolitik gemacht wird. Dieser Vorwurf sollte nicht leichtfertig vom Tisch gewischt, sondern ernst genommen werden. Um ihn zu entkräften, braucht es vor allem zweierlei: *zum einen* muss die EU konkret definieren, um welche Werte es im Einzelnen geht. Dem Augenschein nach geht es in der aktuellen Diskussion nicht nur um die Menschenrechte, sondern zunehmend um sog. „westliche Werte“ wie Demokratie und, zumindest implizit, um die liberal-kapitalistische Marktwirtschaft als quasi natürlichem ökonomischen Komplement zu ersterer. *Zum anderen* braucht es eine allgemein anerkannte

Grundlage, auf deren Basis die Einhaltung und Umsetzung der genannten Werte unabhängig von den Interessen einzelner mächtiger Staaten eingefordert werden kann. Nicht zuletzt die EU betont immer wieder ihr Bekenntnis zu einer regelbasierten internationalen Ordnung. Trotz wohlbekannter Mängel bieten sich dafür letztlich nur das Völkerrecht einschließlich der kodifizierten Menschenrechtsnormen als Basis an.

Wie sieht es nun mit Demokratie und Marktwirtschaft als Wert aus? Unabhängig davon ob man/frau das Winston Churchill zugeschriebene Bonmot von der Demokratie als bester aller schlechten Regierungsformen teilt, enthält das Völkerrecht keine Norm, welche Staaten auf eine demokratische Regierungsform verpflichten würde.² Im Gegenteil, die in der völkerrechtlichen Fachliteratur überwiegend dem sogenannten zwingenden Recht (*ius cogens*) zugeordneten Grundsätze der souveränen Gleichheit und des Selbstbestimmungsrechts der Völker überlässt es der kollektiven Willensbildung jeden Volkes, über seine Regierungsform frei und ohne äußere Einmischung zu entscheiden.³ Gleiches gilt für die Frage der wirtschaftlichen Organisation. Es bleibt jedem souveränen Staat vorbehalten, die aus seiner Sicht geeignete Wirtschaftsform zu bestimmen. Für die in diesen völkerrechtlichen Grundsätzen zum Ausdruck kommende Zurückhaltung gibt es gute historische und politische Argumente. Zu oft wurde in der Geschichte von mächtigen Staaten Einfluss genommen auf die innere Verfasstheit anderer Gesellschaften und es wurden dabei Menschenrechte massiv missachtet. Am krassesten wohl im Zeitalter des Kolonialismus, wobei die dahinterstehenden kruden materiellen Interessen von den europäischen Kolonialmächten oft durch die Betonung der damit verbundenen zivilisatorischen Mission gegenüber der lokalen Bevölkerung legitimiert wurden (vgl. Paech und Stuby 1994).

Angesichts dieser heute zurecht als rassistisch und imperialistisch anerkannten Praxis der westlichen Mächte stellte die Verabschiedung der UN Charta im Jahr 1945 einen ungemeinen historischen Fortschritt dar, bestätigte sie doch das Recht der unter großen Opfern aus dem kolonialen Joch in die staatliche Unabhängigkeit entlassenen neuen Staaten des globalen Südens auf nationale Souveränität und Selbstbestimmung.⁴

Zurückhaltung angebracht ist schließlich auch angesichts einer Geschichte nach 1945, die voll ist mit Beispielen von mehr oder weniger brutalen Interventionen in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten und Gesellschaften, nicht zuletzt unter dem Deckmantel der Demokratieförderung (Evans 2001). Es waren allen voran die USA, die aus geopolitischem Kalkül im Kalten Krieg aktiv am Sturz demokratisch legitimierter Regierungen beteiligt waren (z.B. Guatemala 1954, Chile 1973) und die offen autoritäre Systeme unterstützt haben (z.B. Mobutu im Kongo ab 1961). Last, but not least, zeigen auch die Entwicklungen seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion, dass Demokratieexport und durch militärische Intervention herbeigeführter *regime change* der Sache der Demokratie eher abträglich waren. So haben die im Bewusstsein des unipolaren Moments von den USA provozierten Interventionen in Afghanistan (2001), im Irak (2003), oder in Libyen (2011) der völkerrechtlichen Diskussion um eine emergente ‚Norm der Demokratie‘ die Legitimationsgrundlage weitgehend entzogen (Daase und Deitelhoff 2021).

4. Menschenrechte als Fundament einer wertebasierten Handelspolitik

Zusammen mit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte⁵ bilden die beiden UN-Pakte (Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte) das von der Staatengemeinschaft anerkannte Fundament für den Schutz der Menschenrechte.⁶ Von jeweils mehr als 170 Staaten ratifiziert, verpflichten die Pakte die unterzeichneten Staaten, diese grundlegenden Rechte ihren Staatsbürger:innen zu gewähren. Auch wenn die Pakte von vielen Unterzeichnerstaaten nur mit Einschränkungen umgesetzt wurden (Kadelbach 2021), und der Rechtsanspruch nur gegenüber den eigenen Bürger:innen besteht (und es somit keine internationale Rechtsdurchsetzung gibt), bilden sie den multilateralen Rahmen, auf dessen Basis sich in den letzten gut 50 Jahren ein insgesamt inklusiver politischer Prozess zur schrittweisen Weiterentwicklung der Menschenrechte entwickelt hat. Ähnliches lässt sich zu den im Rahmen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) entwickelten Sozialnormen sagen. Auch innerhalb dieses tripartit aufgebauten internationalen Forums hat sich eine kooperative Form zur Definition von Mindeststandards in arbeits- und sozialrechtlichen Fragen herausgebildet. Deren Kern bilden acht Konventionen, die sog. ILO-Kernarbeitsnormen, die zur Gänze bislang von knapp 140 Staaten ratifiziert wurden.⁷ Diese regeln vier zentrale Themenfelder, nämlich (i) die Vereinigungsfreiheit und das Recht auf Kollektivverhandlungen; (ii) die Beseitigung der Zwangsarbeit; (iii) die Abschaffung der Kinderarbeit, sowie (iv) das Verbot der Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf.⁸ Abgesehen von bestimmten Umweltschutzverpflichtungen, die sich aus den Menschenrechten direkt ergeben (z. B. aus dem Recht auf Gesundheit), hat sich in den letzten Jahrzehnten im Bereich der internationalen Umweltpolitik mit über 250 multilateralen Umweltabkommen ein Rechtsbestand herausgebildet, welcher der Staatengemeinschaft zahlreiche Pflichten zum Schutz der Ökosysteme auferlegt.

Von besonderer Bedeutung an der Menschenrechtsdiskussion im engeren Sinn, wie auch an der verwandten Debatten im Bereich der Umweltnormen ist es, dass breite Teile der Zivilgesellschaft im Globalen Norden wie auch im Globalen Süden seit Jahrzehnten sich gemeinsam für die Stärkung von Menschenrechten, Arbeitnehmer:innenrechten und Umweltrechten einsetzen. Der Prozess zur Weiterentwicklung als auch zur effektiven Umsetzung von Menschenrechten ist also von unten, soll heißen der gesellschaftlichen Basis, getragen. Trotz vieler Unzulänglichkeiten und eines nur sehr langsamen Fortschritts ist es offensichtlich, dass die menschenrechtlichen Normen und der damit verbundene Prozess über eine insgesamt breite Legitimation sowohl in der internationalen Staatengemeinschaft als auch in der Zivilgesellschaft verfügen. Es gibt internationale Konsultationsprozesse und Monitoring-Mechanismen, Regierungen können für Rechtsverletzungen zur Rede gestellt werden, und internationale wie nationale Gerichte wenden die Menschenrechte an und entwickeln dazu eine Rechtsprechung (vgl. Buergenthal 1997).

Dadurch kommt es auch zu Weiterentwicklungen. So gibt es im Lichte der jüngeren rechtspolitischen Diskussion zu extra-territorialen Staatenpflichten eine sich zunehmend konsolidierende Rechtsbasis für Regierungen, einheimische natürliche oder juristische Personen darauf zu verpflichten, in ihrer Geschäftstätigkeit auch im Ausland die Einhaltung der Menschenrechte durch die Wahrnehmung bestimmter Sorgfalts-

pflichten zu gewährleisten (vgl. Krajewski 2020; Krebs 2020). Das ist Ergebnis eines bis in den 1970er Jahre zurückgehenden, kontroversiellen politischen Prozesses, der lange darauf beschränkt war, mithilfe von *Soft-Law* Instrumenten Unternehmen dazu anzuhalten, ihren Sorgfaltspflichten im Hinblick auf die Einhaltung menschenrechtlicher Mindeststandards nachzukommen. So verpflichten etwa die bekannten und auf das Jahr 1976 zurückgehenden OECD-Leitsätze für Multinationale Unternehmen die Mitgliedsstaaten, die in ihrem Territorium ansässigen Unternehmen zur Einhaltung bestimmter Mindeststandards in deren internationaler Geschäftstätigkeit anzuhalten. Die Unternehmen unterliegen diesbezüglich allerdings keiner gesetzlichen Verpflichtung, sondern das Grundprinzip besteht darin, die Unternehmen freiwillig – und allenfalls unterstützt durch Anreiz- oder Monitoringmechanismen – dazu zu bewegen, ihren Sorgfaltspflichten nachzukommen. Im Lichte festgestellter Mängel wurden die Leitsätze langsam, aber sukzessive weiterentwickelt. Für Sektoren, die besonders von Menschenrechtsverletzungen betroffen waren wie zum Beispiel der Rohstoffsektor, wurden nach und nach eigene Instrumente entwickelt. Parallel zum sich entwickelnden Bereich der internationalen *Soft-Law* Instrumentarien reagierte auch der Unternehmenssektor selbst. Zahlreiche *Corporate Social Responsibility*-Initiativen sollten die Selbstverpflichtung zur Einhaltung menschenrechtlicher, sozialer und ökologischer Mindeststandards in der Unternehmenspraxis fördern. Die Erfolge von zwei Jahrzehnten auf Freiwilligkeit beruhenden unternehmensbezogenen Initiativen blieben freilich gemischt (Linder und Steinkellner 2012).

Die Vereinten Nationen reagierten auf die Unzufriedenheit der Zivilgesellschaft schließlich mit dem Prozess zur Ausarbeitung der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte (United Nations 2011). Diese wurden 2011 vom UN-Menschenrechtsrat verabschiedet. Sie stellen ein globales Instrument zur Behebung und Verhütung von Menschenrechtsverletzungen in Wirtschaftszusammenhängen dar. Auch wenn die Leitprinzipien auf den existierenden Menschenrechtsverpflichtungen beruhen und nicht mehr als Empfehlungscharakter haben, beinhalteten sie doch einen wichtigen Fortschritt, insofern als klargestellt wurde, dass Unternehmen menschenrechtliche Sorgfaltspflichten in ihrer gesamten internationalen Lieferkette haben. Aufgrund nationaler Umsetzungsprozesse (z.B. in der EU) gaben sie zudem für die Diskussion zu Wirtschaft und Menschenrechten in den letzten 10 Jahren einen wichtigen Impuls. Angesichts anhaltend schwerer Menschenrechtsverletzungen mit zum Teil katastrophalen Auswirkungen für Arbeitnehmer:innen und Umwelt vor allem in der Textil- und Bekleidungsindustrie (z.B. Ali Enterprises 2012, Rana Plaza 2013) und im Bergbausektor (z.B. Dammbruch von Brumadinho 2019) bildeten sie einen wichtigen Meilenstein für die Ausarbeitung verbindlicher Lieferkettengesetze in verschiedenen Ländern. Hier zu nennen sind Großbritannien, Frankreich, Deutschland, und, last but not least, auch die laufende Diskussion zum Entwurf eines EU-Lieferkettengesetzes. Das wesentliche Ergebnis dieses Prozesses besteht also darin, neben den Staaten auch transnational tätigen Unternehmen menschenrechtliche Schutz- und Sorgfaltspflichten aufzuerlegen. Angesichts der Machtposition, die diesen sogenannten Leitunternehmen in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen zukommt, ist dies ein bedeutender Fortschritt, auch wenn zu einer effektiven Umsetzung der damit verbundenen Pflichten noch ein beträchtlicher Weg zurückzulegen ist.

Ähnliche staatliche Schutz- und Sorgfaltspflichten lassen sich auch als Begründung für handelspolitische Maßnahmen anführen, wie z.B. Importbeschränkungen für Waren,

die mit Kinderarbeit, Zwangsarbeit oder schweren Auswirkungen auf die Umwelt produziert wurden. Entscheidend ist hier, menschen- oder umweltrechtliche Ziele transparent zu kommunizieren, geeignete Maßnahmen zur effektiven Zielerreichung zu ergreifen, und für etwaige negative Auswirkungen auf Dritte, und hier vor allem auf die Länder des Globalen Südens, im Dialog mit den Betroffenen angemessene Lösungen zu finden.

5. Fazit: Wertebasierte Handelspolitik braucht Augenmaß und darf Einsatz für einen solidarischen Multilateralismus nicht vernachlässigen

Dass ausgehend von den USA der Ruf nach einer wertebasierten Handelspolitik wieder stärker wird und auch in der EU auf Widerhall stößt, ist kein Zufall. Dahinter stehen handfeste politische und wirtschaftliche Interessen angesichts einer veränderten internationalen Konstellation. Soweit es dabei um bestimmte sicherheitspolitische Interessen geht (Vermeidung der Erpressbarkeit von bestimmten Lieferländern im Konfliktfall; Gewährleistung der Versorgungssicherheit mit kritischen Gütern im Krisenfall, etwa während einer Pandemie) bedarf es grundsätzlich keiner wertebasierten Begründung für Eingriffe in die liberale Außenhandelsordnung. Die politischen Maßnahmen können hier schlicht mit der staatspolitischen Verantwortung zum Schutz der eigenen Bevölkerung bzw. zur Aufrechterhaltung der Versorgung mit lebensnotwendigen Gütern gerechtfertigt werden. Damit würde die EU auch Dilemmata einer wertebasierten Außen- und Handelspolitik vermeiden, die gerade während der Energiekrise aufgrund des Kriegs in der Ukraine evident geworden sind. Für das Dilemma zwischen proklamierter Wertebasierung in der Energiebeschaffung und dem Gebot der Versorgungssicherheit für die europäische Bevölkerung bzw. Wirtschaft gab es zumindest kurzfristig nur schlechte Lösungen, konkret die Substitution von russischem Erdgas durch solches aus den autoritär regierten Golfstaaten, insbesondere aus Qatar.⁹ Der von der EU hier 2022 angestachelte Überbietungswettbewerb bei LNG Gas hat zudem zu Verknappungen bei der Erdgasversorgung in Dritten Ländern, v. a. in Asien und Afrika, geführt. Das wurde in diesen Ländern nicht wirklich als „Freundschaftsdienst“ der EU empfunden (Financial Times 2022). Von solchen und ähnlichen Importabhängigkeiten, vor allem auch im Bereich mineralische Rohstoffe und seltene Erden, wird sich die EU auf absehbare Zeit nicht lösen können. Wirkliche Abhilfe schaffen hier nur der massive Ausbau erneuerbarer Energien, und die umfassende Einführung einer Kreislaufwirtschaft. Beides ist nur langfristig erreichbar. Für eine stabile Rohstoffzufuhr kurz- und mittelfristig vor allem auf Handels- und Rohstoffabkommen mit „Freunden“ zu setzen, wie es die europäische Politik derzeit propagiert, greift zu kurz. Angesichts stark volatiler politischer Systeme in vielen Ländern des Globalen Südens und des geopolitischen Wettbewerbs mit den USA und China kann es mit der „Freundschaft“ auch rasch wieder vorbei sein. Entscheidender für die Stabilität solcher Lieferbeziehungen sind vor allem zwei Faktoren. Zum einen, inwieweit es gelingt, den ökonomischen Mehrwert aus der Extraktion von Rohstoffen für die Herkunftsländer zu maximieren, unter anderem durch stabile Preisgestaltung sowie durch Investitionen in die lokale Weiterverarbeitung. Zum anderen, indem die Umwelteffekte des Rohstoffabbaus minimiert und die Rech-

te der lokalen Bevölkerung umfassend berücksichtigt werden. Wertebasierung sollte also hier primär menschenrechts- und ökonomisch begründet werden, und nicht mit einem ephemeren Begriff von „politischer Freundschaft“.

Für eine solche menschenrechtsbasierte Handelspolitik hat die EU bestimmte Einflussmöglichkeiten und Instrumente zur Verfügung, sowohl im Bereich der menschenrechtlichen Unternehmensverantwortlichkeit als auch im Bereich der unilateralen bzw. bilateralen Handelspolitik. Vor allem im Fall von Niedrigeinkommensländern sollte der Einsatz restriktiver handelspolitischer Instrumente von der EU mit Anreiz- und Kooperationsinstrumentarien ergänzt werden (z.B. im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit, Technologiekooperation u.a.m.), um den Exporteuren aus dem globalen Süden einen Umstieg auf menschen- und umweltrechtlich kompatible Produktionsmethoden zu erleichtern, wie auch um die lokale Wertschöpfung zu erhöhen.

Das System der Menschenrechte stellt freilich keine Basis für die Durchsetzung von Demokratie und liberaler Marktwirtschaft nach westlichem Muster bereit, verpflichtet sehr wohl aber auch autoritäre Staaten zur Durchsetzung der Menschenrechte auf ihrem Staatsgebiet (zumindest soweit sie die einschlägigen Menschenrechtspakte ratifiziert haben). Es ist daher durchaus legitim für die EU, den Handel mit Waren aus Staaten zu begrenzen, die menschenrechtliche oder umweltrechtliche Normen gravierend verletzen, allerdings unabhängig davon, ob diese Staaten liberal-demokratisch oder autoritär verfasst sind.¹⁰

Eine wertebasierte Handelspolitik, welche diese zentrale Differenzierung nicht berücksichtigt, riskiert die politische Kluft zu den Schwellenländern, wie auch den Ländern des Globalen Südens weiter zu vertiefen. In einer zunehmend polarisierten internationalen Ordnung ist die de-facto Anerkennung unterschiedlicher politischer Regierungsformen und vor allem wirtschaftspolitischer Konzeptionen eine wichtige Voraussetzung, um die existenziellen Krisenlagen des 21. Jahrhunderts in kooperativer Form zu bewältigen. Dazu kommt, dass angesichts präzedenzloser Herausforderungen wie der Klimakrise oder globaler Pandemien, eine enge internationale Kooperation notwendiger als je zuvor ist.

Der folgenschwerste Fehler, den eine wertebasierte Außen- und Handelspolitik daher begehen könnte, bestünde in der Abkehr von multilateraler Kooperation zugunsten von wertebasierten Klubs oder Länderblöcken. Angesichts der sich zuspitzenden ökonomischen, sozialen und vor allem ökologischen Krisenlagen, die kein Land allein und auch kein Klub demokratisch gleichgesinnter Marktwirtschaften lösen kann, braucht es gerade jetzt ein verstärktes Engagement für einen solidarischen Multilateralismus. Das bestehende Bekenntnis der EU zur regelbasierten internationalen Wirtschaftsordnung greift hier eindeutig zu kurz. Es beharrt im Wesentlichen auf einem Status Quo globaler wirtschaftlicher Governance-Mechanismen, welcher Ergebnis eines über Jahrzehnte neoliberal ausgeformten und den heutigen Realitäten nicht mehr angemessenen „neuen Konstitutionalismus“ ist (Gill 1998). Nicht im Beharren auf letztlich gescheiterten Organisationen wie der WTO zeigt sich das Bekenntnis zum Multilateralismus, sondern im Ernstnehmen der von vielen Seiten seit Jahren vorgebrachten Kritik an den Unzulänglichkeiten des bestehenden Regelwerks (vgl. etwa Rodrik 2011; Stiglitz 2002). Insofern braucht es den politischen Willen zur Aushandlung einer internationalen Wirtschaftsordnung für das 21. Jahrhundert, eines „Neuen Bretton-Woods“ entlang der von Kevin Gallagher und Richard Kozul-Wright jüngst skizzierten Linien (Gallagher

und Kozul-Wright 2022). Das bedeutet die Rücknahme oder Abschwächung von internationalen Regeln in einigen Bereichen (wie zum Beispiel Investitionsschutz, Schutz geistiger Eigentumsrechte, Kapitalverkehrsliberalisierung, liberalisierte Finanzmärkte), und den Auf- und Ausbau von globalen öffentlichen Gütern und mehr Zusammenarbeit in anderen Bereichen (z.B. bei der makroökonomischen Stabilisierung, der Unternehmensbesteuerung, der Kontrolle transnationaler Unternehmens- und Marktkonzentration, der Migrationspolitik, der Gesundheitspolitik, und insbesondere der Umwelt- und Klimapolitik). Staatliche Handlungsspielräume müssen dabei gestärkt werden, und die Aufteilung der Lasten und Verantwortlichkeiten zwischen den Staaten muss auf die ökonomischen Kapazitäten und historischen Verantwortlichkeiten Rücksicht nehmen. Bestehende und für die Bewältigung neuer Herausforderungen zu schaffende internationale Organisationen müssen mit zusätzlichen Ressourcen und Kapazitäten ausgestattet werden.

Gleichzeitig sollten die politischen Partizipationsmöglichkeiten und Entscheidungsmechanismen in den internationalen Organisationen ausgewogener und transparenter gestaltet werden. Der Unwille der USA und anderer westlicher Staaten, ihre Vormachtstellung in den internationalen Organisationen abzugeben, steht einer inklusiven internationalen Zusammenarbeit eindeutig im Weg, und muss überwunden werden.

Auch wenn die neoliberale Form der Globalisierung ans Ende gekommen sein dürfte, und damit eine partielle Regionalisierung wirtschaftlicher Verflechtungen einhergehen dürfte, geht es daher nicht um Deglobalisierung im Sinn einer Rückkehr zu primär nationalstaatlichen Lösungsansätzen. Im Gegenteil, eine Intensivierung internationaler Zusammenarbeit zur Bewältigung historisch präzedenzloser globaler Krisenlagen ist unabdingbar. Eine europäische Außenwirtschafts- und Handelspolitik, welche die Menschenrechte – wie auch die Umweltrechte – wirklich ernst nimmt, wird für einen solchen solidarischen Multilateralismus des 21. Jahrhunderts ein wesentlich größeres Engagement an den Tag legen müssen.

Anmerkungen

- 1 Für nähere Infos siehe https://de.wikipedia.org/wiki/Gipfel_f%C3%BCr_Demokratie (Zugriff 12/07/2022).
- 2 Inwieweit sich aus der Allgemeinen Erklärung über Menschenrechte (insb. Art. 21) ein Gebot für eine demokratische Regierungsform ergibt, ist in der juristischen Fachliteratur umstritten. Zum Einen, weil die Erklärung selbst nicht rechtlich bindend ist. Zum Anderen, weil Art. 21 zwar das Recht auf politische Teilhabe und Teilnahme an freien und periodischen Wahlen beinhaltet, darüber hinaus aber keine Vorgaben für ein bestimmtes politisches Modell enthält. Die in den 1990er Jahren unternommenen Versuche in der wissenschaftlichen Literatur, daraus ein Menschenrecht auf Demokratie abzuleiten, konnten sich bislang nicht durchsetzen (Daase und Deitelhoff 2021).
- 3 Das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist eines der Grundaxiome der Charta der Vereinten Nationen. Es wird in den Artikeln 1, 2 und 55 erwähnt und als eine Grundlage der Beziehungen zwischen den Staaten bezeichnet. Eine bindende Verpflichtung zur Einhaltung des Rechts auf Selbstbestimmung geht auch aus den beiden Menschenrechtspakten der Vereinten Nationen hervor. Der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte sowie der Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte erklären das Selbstbestimmungsrecht für die Vertragsstaaten als verbindlich. In beiden Pakten heißt es gleichlautend in Artikel I: „(1) Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung. Kraft dieses Rechts entscheiden sie frei über ihren politischen Status und gestalten in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung.“ Darauf ergibt sich, dass das Selbstbestimmungsrecht der Völker selbst ein Menschenrecht ist.

Versteht man den Terminus „Volk“ nicht ethnisch, sondern als Staatsvolk, dann bedeutet die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Völker die Anerkennung des Prinzips der Volkssouveränität. Die völkerrechtliche Souveränität der Staaten ist somit Ausdruck des wichtigsten Demokratieprinzips – der Volkssouveränität eben. Miemiec weist zurecht darauf hin, dass wer die völkerrechtliche Souveränität zum Beispiel im Kontext bewaffneter Interventionen in Frage stellt, sich fragen lassen muss, wie er es mit der Volkssouveränität, also auch und insbesondere mit der Demokratie, hält. Eine Relativierung des Nichteinmischungsgebots kann also nicht so weit gehen, dass die völkerrechtliche Souveränität angegriffen wird (Miemiec 2006). Ausnahmen davon sind taxativ in den Artikel den Artikeln 39, 41 und 42 der UN Charta (Kapitel VII) aufgezählt. Die Anwendung von Gewalt gegen einen Staat ist demnach dann zulässig, wenn von ihm eine Bedrohung für den Weltfrieden ausgeht und nicht-militärische Maßnahmen erfolglos waren.

- 4 An dieser Stelle angemerkt sei freilich, dass die praktische Anwendung des Rechts auf Selbstbestimmung auch zum Teil gravierende Probleme aufwirft, insbesondere hinsichtlich der Frage des Sezessionsrechts von Völkern aus bestehenden Staaten(verbänden), und im Hinblick auf den oft nicht hinreichend gewährleisteten Minderheitenschutz (vgl. etwa kritisch dazu Fisch 2010).
- 5 Für den Originaltext siehe <http://www.un-documents.net/a31217a.htm> (Zugriff 12/07/2022)
- 6 Für die Originaltexte siehe <https://www.ohchr.org/en/instruments-mechanisms/instruments/international-covenant-civil-and-political-rightsM>, sowie <https://www.ohchr.org/en/instruments-mechanisms/instruments/international-covenant-economic-social-and-cultural-rights> (Zugriff 12/07/2022)
- 7 Für die Originaltexte siehe <https://www.ilo.org/berlin/arbeits-und-standards/kernarbeitsnormen/lang-de/index.htm> (Zugriff 12/07/2022).
- 8 Während die EU-Staaten alle acht Kernarbeitsnormen ratifiziert haben, gehören die USA mit nur zwei Ratifizierungen (Convention No. 105 zu Zwangsarbeit, Convention No. 182 zu Kinderarbeit) zu den Nachzögler.
- 9 Es gibt zahlreiche weitere Beispiele für die hier beschriebenen Dilemmata asymmetrischer Interdependenz, mit denen sich die EU Politik konfrontiert sieht. Das prominenteste ist derzeit wohl das Hofieren des Erdogan Regimes im Kontext der EU Migrations- und Fluchtpolitik, bzw. das beredete Schweigen der EU zur türkischen Aggressionspolitik gegenüber den autonomen Kurdengebieten in Syrien und im Irak.
- 10 Abgesehen von menschenrechtlichen Begründungen stellen auch Verstöße gegen die grundlegenden ius cogens Normen des Völkerrechts eine legitime Grundlage für handelsbeschränkende Maßnahmen dar, insbesondere im Hinblick auf das Allgemeine Gewaltverbot, das Verbot des Völkermordes, des Sklavenhandels, der Rassendiskriminierung und der Folter (vgl. auch Tucker 2022). Dies gilt aber wiederum grundsätzlich unabhängig von der Regierungs- und Wirtschaftsform des betreffenden Staates.

Literatur

- Buergenthal, T. (1997). The Normative and Institutional Evolution of International Human Rights. In: Human Rights Quarterly 19(4), 703–723.
- Daase, C./Deitelhoff, N. (2021). Wenn die Geltung schwindet. Die Krise der liberalen Weltordnung und die Herrschaftsproblematik internationaler Politik. In: R. Forst/K. Günther (Hg.), Normative Ordnungen, Berlin: Suhrkamp, 162–189.
- Dezenski, E./Austin; J.C. (2021). Rebuilding America’s Economy and Foreign Policy with ‘Ally-Shoring’. Brookings. <https://www.brookings.edu/blog/the-avenue/2021/06/08/rebuilding-americas-economy-and-foreign-policy-with-ally-shoring/> (13. Juli 2022).
- Eichengreen, B.J. (2012). Exorbitant privilege: the rise and fall of the dollar and the future of the international monetary system. First issued as an Oxford Univeristy Press paperback. Oxford/ New York: Oxford University Press.
- European Commission (2021). Proposal for a Regulation of the European Parliament and of the Council on the making available on the Union market as well as export from the Union of certain commodities and products associated with deforestation and forest degradation and repealing Regulation (EU) No 995/2010. https://environment.ec.europa.eu/publications/proposal-regulation-deforestation-free-products_de
- European Commission (2022a). Communication from the Commission to the European Parliament, The Council and The European Economic and Social Committee on decent work worldwide for a global just transition and a sustainable recovery.

- European Commission (2022b). Proposal for a Directive of the European Parliament and of the Council on Corporate Sustainability Due Diligence and amending Directive (EU) 2019/1937. <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/HTML/?uri=CELEX:52022PC0071&from=EN>
- Evans, T. (2001). If Democracy, Then Human Rights? In: *Third World Quarterly* 22(4), 623–642.
- Financial Times (2022). Europe's appetite for LNG leaves developing nations starved of gas. <https://www.ft.com/content/752b1285-3174-4cf1-83c0-b1151888bf4e>
- Fisch, J. (2010). *Das Selbstbestimmungsrecht der Völker: die Domestizierung einer Illusion*. München: C.H. Beck.
- Foroohar, R. (2022). Davos and the New Era of Deglobalisation. *The Straits Times*. <https://www.straitstimes.com/opinion/davos-and-the-new-era-of-deglobalisation>
- Gallagher, K./Kozul-Wright, R. (2022). *The case for a new Bretton Woods*. Cambridge, UK: Polity Press.
- Gill, S. (1998). New Constitutionalism, Democratisation and Global Political Economy. In: *Pacifica Review: Peace, Security & Global Change* 10(1), 23–38.
- Hoering, U. (2018). *Der lange Marsch 2.0: Chinas neue Seidenstraßen als Entwicklungsmodell*. Hamburg: VSA Verlag.
- Horn, G. (2022). Peace and Trade—a New Perspective. *Social Europe*. <https://socialeurope.eu/peace-and-trade-a-new-perspective>
- Kadelbach, S. (2021). Die relative Universalität der Menschenrechte. In: R. Forst/K. Günther (Hg.), *Normative Ordnungen*, Berlin: Suhrkamp, 278–299.
- Kennedy, P. M. (1989). *The rise and fall of the great powers: economic change and military conflict from 1500 to 2000*. 1st Vintage Books ed. New York: Vintage Books.
- Krajewski, M. (2020). Völkerrechtliche Verpflichtung der Bundesrepublik zum Erlass eines Lieferkettengesetzes. *Verfassungsblog*. <https://verfassungsblog.de/voelkerrechtliche-verpflichtung-der-bundesrepublik-zum-erlass-eines-lieferkettengesetzes/> (13. Juli 2022).
- Krauthammer, C. (1990). The Unipolar Moment. In: *Foreign Affairs* Vol. 70, No. 1, 22–32.
- Krebs, D. (2020). Globale Gefahren und nationale Pflichten. *Verfassungsblog*. <https://verfassungsblog.de/globale-gefahren-und-nationale-pflichten/>
- Lacher, N. (2016). *Die Neue Seidenstraße - Geopolitik und Macht: geopolitisch/geostrategische Bruchlinie des 21. Jahrhunderts*. Saarbrücken: Südwestdeutscher Verlag für Hochschulschriften.
- Linder, B., Steinkellner, A. (2012). Corporate Responsibility for Human Rights. In: M. Nowak/Karolina M. Januszewski, T. Hoffstätter (eds.). *All Human Rights for All. Vienna Manual on Human Rights*, Vienna, Graz: Intersentia.
- McKinsey & Company (2022). What's in the Inflation Reduction Act (IRA) of 2022. <https://www.mckinsey.com/industries/public-and-social-sector/our-insights/the-inflation-reduction-act-heres-whats-in-it>
- Miemic, O. (2006). Menschenrechte, Demokratie und Gerechtigkeit – Rosa-Luxemburg-Stiftung. <https://www.rosalux.de/publikation/id/1753/menschenrechte-demokratie-und-gerechtigkeit>
- Paech, N., Stuby, G. (1994). *Machtpolitik und Völkerrecht in den internationalen Beziehungen*. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos.
- Raza, W. (2018). Globalisation, Inequality and the Future of Democracy. *Euromemo Discussion Paper* 1-2018.
- Rodrik, D. (2011). *The globalization paradox: why global markets, states, and democracy can't coexist*. Oxford, New York: Oxford University Press.
- Rodrik, D. (2022). A Better Globalization Might Rise from Hyper-Globalization's Ashes. *Project Syndicate*. <https://www.project-syndicate.org/commentary/after-hyperglobalization-national-interests-open-economy-by-dani-rodrik-2022-05>
- Stiglitz, J.E. (2002). *Globalization and Its Discontents*. London: Penguin Books.
- tagesschau.de (2021). Baerbock zur Außenpolitik: ‚Zusammenspiel von Dialog und Härte‘. <https://www.tagesschau.de/inland/baerbock-aussenpolitik-101.html> (13. Juli 2022).
- The White House (2021). *Building Resilient Supply Chains, Revitalizing American Manufacturing, and Fostering Broad-Based Growth*. Washington, D.C. 100-Day Reviews under Executive Order 14017. <https://www.whitehouse.gov/wp-content/uploads/2021/06/100-day-supply-chain-review-report.pdf>
- Tucker, P. (2022). *Global discord: values and power in a fractured world order*. Princeton: Princeton University Press.
- United Nations (2011). *Guiding Principles on Business and Human Rights*. New York and Geneva: United Nations. https://www.ohchr.org/sites/default/files/documents/publications/guidingprinciplesbusinesshr_en.pdf
- Yellen, J. (2022). Transcript: US Treasury Secretary Janet Yellen on the next Steps for Russia Sanctions and ‚friend-Shoring‘ Supply Chains. <https://www.atlanticcouncil.org/news/transcripts/transcript-us-treasury-secretary-janet-yellen-on-the-next-steps-for-russia-sanctions-and-friend-shoring-supply-chains/>